

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	mehr (+) weniger (-) 2015 EUR	IST 2013 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

04 020 **Allgemeine Bewilligungen**
E i n n a h m e n
Verwaltungseinnahmen

119 01	051	Vermischte Einnahmen.	110 000	160 000	-50 000	159
119 03	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten.	—	1 500	-1 500	2
119 04	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete. Siehe Vermerke bei Titel 546 04.	—	—	—	2 657
124 00	011	Einnahmen aus der Überlassung von Stellplätzen bei Landesbehörden.	—	6 000	-6 000	7
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen. . .	—	—	—	—

Übrige Einnahmen

235 00	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 02.	—	—	—	—
236 00	253	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit. Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 427 50 zu.	—	—	—	—
236 10	251	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Mehraufwandsentschädigung nach § 16d SGB II.	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu den Einnahmen:

Die Titel 111 10 und 111 13 sowie die Titel der Titelgruppe 62 werden mit dem Haushalt 2015 verlagert in das Kapitel 04 210.

Zu Titel 119 01:

1. Einnahmen aus den Erstattungen von Dritten.	110 000 EUR
2. Erstattungen der JURIS-GmbH für Leistungen der Dokumentationsstelle bei dem OVG Münster.	— EUR
Zusammen.	110 000 EUR

Untertitel 2 ab 2015 veranschlagt bei Kapitel 04 220 Titel 119 10.

Zu Titel 119 03:

Die Einnahmen aus Nebentätigkeiten werden ab dem Jahr 2015 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 124 00:

Nach dem Gesetz zur Gestellung von im Eigentum oder im Besitz des Landes stehenden Stellplätzen vom 16.12.1998 (GV. NRW. 1998 S. 738) kann von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bereich der Landesverwaltung für die Überlassung von Stellplätzen grundsätzlich ein angemessenes Entgelt verlangt werden. Hierdurch soll ein Beitrag zur umwelt- und sozialverträglichen Gestaltung des Stadtverkehrs durch eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Verkehrs bei Fahrten von und zur Dienststelle geleistet werden.

Durch den Erwerb bestimmter Fahrausweise des öffentlichen Nahverkehrs tritt eine Befreiung von der Entgeltspflicht ein. Die Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben aus dem Verkauf/Kauf von Firmentickets erfolgt bei Titel 119 04 bzw. bei Titel 546 04.

Im Jahr 2015 wird mit Einnahmen nicht gerechnet.

Einnahmen aus der Überlassung von Stellplätzen an andere Personen als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind bei Titel 124 01 in den jeweiligen Kapiteln zu buchen.

Zu Titel 132 01:

Die Erlöse aus der Verwertung ausgesonderter Dienstkraftfahrzeuge sind seit dem Haushalt 2003 dezentral veranschlagt.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	mehr (+) weniger (-) 2015 EUR	IST 2013 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

Titelgruppen

Titelgruppe 60

Einnahmen für die Informationstechnik

132 60 051	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen. . .	130 000	130 000	—	93
	Summe Titelgruppe 60.	130 000	130 000	—	93
	Gesamteinnahmen Kapitel 04 020.	240 000	297 500	-57 500	2 918

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 60:

Der Titel 111 60 wird mit dem Haushalt 2015 verlagert in das Kapitel 04 210 Titel 111 14.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	mehr (+) weniger (-) 2015 EUR	IST 2013 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

A u s g a b e n
Personalausgaben

1. - (5) Planstellen/Stellen des Einzelplans 04 sind aufgrund der "Organisationsuntersuchung Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000" kw zum 31.12.2017
2. - (12) Planstellen/Stellen des Einzelplans - ausgenommen die Fachbereiche (alle Bereiche außer den Verwaltungsbereichen) der Kapitel 04 210 bis 04 410 - sind kw zum 31.12.2017 - 1,5 %-ige Stelleneinsparung -
3. - (24) Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - 1,5%-ige Stelleneinsparung ab 2010
4. Die Ausgaben der Titel 443 01 und 452 00 sind von der Deckungsfähigkeit nach § 7 Abs. 1 HG ausgenommen.

427 02	253	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Ausgaben dürfen über den Ansatz hinaus insoweit geleistet werden, als entsprechende Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit bei Titel 235 00 zugesichert sind.	10 000	20 000	-10 000	—
427 50	253	Vergütungen und Löhne für Aushilfen für die Durchführung von Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz. . . . Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 236 00.	—	—	—	—
441 01	841	Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung.	71 074 400	71 681 600	-607 200	67 051
441 02	841	Beihilfen in Pflegefällen aufgrund der Beihilfenverordnung	473 800	483 000	-9 200	447
441 03	841	Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen im Bereich der Beamtinnen und Beamten.	84 500	82 000	+2 500	80
441 04	841	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei Inanspruchnahme von Pflegezeit im Bereich pflegebedürftiger Beamtinnen und Beamter bzw. deren Angehörigen.	—	—	—	—
441 05	841	Zuschüsse zur Krankenversicherung bei Inanspruchnahme von Pflegezeit im Bereich pflegebedürftiger Beamtinnen und Beamter bzw. deren Angehörigen.	—	—	—	—
443 01	841	Fürsorgeleistungen. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 04 410 Titel 443 01.	732 900	719 800	+13 100	1 102
443 10	841	Kosten für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 443 20.	307 400	453 400	-146 000	502
443 20	841	Ausgaben für das Gesundheitsmanagement. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 443 10.	89 100	104 000	-14 900	82
461 00	881	Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben bei Titeln der Gruppe 422 des Einzelplans.	18 619 900	—	+18 619 900	—
462 15	881	Minderausgaben aufgrund der Realisierung von kw-Vermerken.	-420 000	-420 000	—	—

Erläuterungen

Zu den Ausgaben:

Die Titelgruppen 62 und 70 werden mit dem Haushalt 2015 verlagert in das Kapitel 04 010.

Zu den Personalausgaben:

Zu 1:

Die ursprünglich 22 kw-Vermerke sind als Ausgleich für im Kapitel 04 220 im Haushaltsjahr 1992 neu eingerichtete Planstellen und Stellen sowie aufgrund der Organisationsuntersuchung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000 ausgebracht worden. Die kw-Vermerke sind seit dem Jahr 2011 intern der Sozialgerichtsbarkeit zugeordnet, nachdem im Jahr 2011 die Umsetzung von 5 Stellen aus der Verwaltungs- in die Sozialgerichtsbarkeit erfolgt ist. 5 kw-Vermerke sind aufgrund der Belastungssituation in der Sozialgerichtsbarkeit gestrichen worden.

Zu 2: 12 kw-Vermerke sind aufgrund der Belastungssituation der Verwaltungsgerichtsbarkeit gestrichen worden.

Zu 3: Zur Entlastung der Stellensituation in der Landesverwaltung sind die kw-Vermerke aufgrund der 1,5%-igen Stelleneinsparung mit der Fälligkeit ab 01.01.2015 gestrichen worden.

Zu Titel 427 02:

Zentrale Veranschlagung des Landesanteils für allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung/Arbeitsförderung im Einzelplan 04.

Zu Titel 427 50:

Fördervoraussetzung für die Leistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der Altersteilzeit ist der Nachweis der Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Altersteilzeitgesetz. Die erforderlichen Landesmittel für eine Wiederbesetzung der durch Altersteilzeit freigewordenen Stellen werden bei dieser Haushaltsstelle nachgewiesen.

Zu Titel 443 01:

1. Unfallfürsorge für Beamte/Beamtinnen (Richter/Richterinnen) und sonstige Amtsträger nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz.	507 000 EUR
2. Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden.	32 600 EUR
3. Kosten der Röntgenreihenuntersuchungen und der Schutzimpfungen für Bedienstete.	133 000 EUR
4. Sonstiges.	60 300 EUR
Zusammen.	<u>732 900 EUR</u>

Die Ausgaben für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst sind seit dem Jahr 2009 bei Titel 443 10 gesondert veranschlagt.

Zu Titel 443 10:

Teilweise umgesetzt nach Kapitel 04 410 Titel 443 10.

Zu Titel 461 00:

Auswirkung des Gesetzes zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013/2014 Nordrhein-Westfalen

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Funkt.- Kennziffer	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
			2015 EUR	2014 EUR	2015 EUR	2013 TEUR
462 16	881	Minderausgaben wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 % ab 2010.	—	—	—	—
Sächliche Verwaltungsausgaben						
Die Ausgaben der Hauptgruppe 5, mit Ausnahme der Gruppen 529 und 531 sowie des Titels 546 04, sind gegenseitig deckungsfähig.						
518 02	011	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge.	—	20 000	-20 000	11
525 01	012	Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten.	—	360 000	-360 000	299
525 30	012	Fortbildung der Bediensteten.	—	1 200 000	-1 200 000	1 497
525 40	012	Seminare, Workshops und ähnliche Veranstaltungen zur strukturellen Erneuerung in der Justiz.	—	500 000	-500 000	385
526 30	011	Kosten der NS-Dokumentationsstelle.	—	—	—	51
529 10	011	Zur Verfügung der Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Justizministers.	—	40 900	-40 900	36
529 20	011	Aufwand für Personalvertretungen. Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Personalvertretungen als verausgabt.	—	43 300	-43 300	47
529 30	011	Aufwand der Schwerbehindertenvertretungen. Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Schwerbehindertenvertretungen als verausgabt.	—	4 300	-4 300	4
532 10	051	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten). Die Ausgaben dienen der Verstärkung der Ansätze der Gruppe 532 in den Kapiteln 04 210, 04 220, 04 230, 04 240 und 04 250.	38 400 000	26 700 000	+11 700 000	—
546 01	011	Vermischte Ausgaben.	—	120 000	-120 000	21
546 04	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen. 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 04 verstärken oder vermindern diesen Ansatz. 3. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 S. 3 LHO).	—	—	—	2 678
546 10	051	Nachwuchswerbung (einschließlich Zeitungsanzeigen).	200 000	—	+200 000	—
546 11	011	Aufwendungen für Leistungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW und anderer Dienstleister.	200 000	200 000	—	34
547 10	011	Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften.	390 000	890 000	-500 000	804
547 59	861	Ausgaben im Rahmen der Regelung des § 9 Haushaltsgesetz.	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titel 518 02:

Ab 2015 mitveranschlagt bei Kapitel 04 010 Titel 518 02.

Zu Titel 525 01:

Die Fortbildungsmittel werden ab dem Jahr 2015 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 525 30:

Die Fortbildungsmittel werden ab dem Jahr 2015 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 525 40:

Die Fortbildungsmittel werden ab dem Jahr 2015 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 526 30:

Kosten der NS-Dokumentationsstelle in der Justizakademie des Landes NRW in Recklinghausen. Ab 2015 veranschlagt bei Kapitel 04 510 Titel 526 30.

Zu Titel 529 10:

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel werden ab dem Jahr 2015 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 529 20:

Die Mittel werden ab dem Jahr 2015 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 529 30:

Die Mittel werden ab dem Jahr 2015 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 532 10:

Der Ansatz ist zur Verstärkung der Ansätze für die Titel der Gruppe 532 im Einzelplan bestimmt, um die aufgrund des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes zu erwartenden Mehrausgaben abzudecken. Unter Berücksichtigung der im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens angestellten Berechnungen sind für das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt Mehrausgaben in der genannten Höhe zu erwarten. Da noch kein valides Datenmaterial vorliegt, ist eine Aufteilung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Haushaltsstellen nicht möglich. Die Veranschlagung der zu erwartenden Mehrausgaben erfolgt daher pauschal an dieser Stelle.

Zu Titel 546 01:

Die Mittel werden ab dem Jahr 2015 mitveranschlagt bei Kapitel 04 010 Titel 546 01.

Zu Titel 546 10:

Veranschlagt für die Gewinnung von Nachwuchskräften für Gerichte und Justizbehörden.

Zu Titel 546 11:

Veranschlagt sind u.a. Kosten für Ausschreibungen bei Anmietungen.

Zu Titel 547 10:

Die Mittel sind zur Beauftragung privater Sicherheitsdienste für die Eingangskontrollen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestimmt.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2015 EUR	2014 EUR	2015 EUR	2013 TEUR
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)					
632 30 011	Anteil des Landes an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme der Personalbedarfsberechnung.	—	500 000	-500 000	—
681 00 251	Mehraufwandsentschädigung nach § 16d SGB II.	—	—	—	—
685 10 011	Zuschuss des Landes zu den Kosten des 71. Deutschen Juristentages in Essen.	—	—	—	—
685 20 011	Einmalige Zuwendung an den Verein Forum ad Mosam e.V..	—	—	—	—
685 30 011	Zuschuss des Landes zu den Kosten der Tagung der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung e.V..	—	—	—	40
Ausgaben für Investitionen					
711 00 811	Kleine Baumaßnahmen. Die Ausgaben dürfen bis zu 100.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 04 410 Titel 711 52 überschritten werden. Verpflichtungsermächtigung: 2 500 000 EUR.	2 660 000	2 660 000	—	2 328
711 13 811	Baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften. Verpflichtungsermächtigung: 1 000 000 EUR.	1 000 000	1 000 000	—	864
Besondere Finanzierungsausgaben					
972 10 881	Globale Minderausgaben.	-13 673 400	-19 901 600	+6 228 200	—
972 20 881	Globale Minderausgabe aus Anlass der baulichen Erneuerung der Justizvollzugsanstalten Iserlohn, Köln, Münster und Willich I.	—	—	—	—

 Erläuterungen

Zu Titel 685 20:

Einmalige Zuwendung für ein Symposium des Vereins "Forum ad Mosam e.V." im September 2014 in Mönchengladbach.

Zu Titel 711 00:

Die Mittel sind bestimmt für kleine Baumaßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz.

Programmplanung	EUR
Barrierefreies Bauen	13.000
baulich/technische Sicherungsmaßnahmen	405.000
Erweiterungsmaßnahmen	–
Umbaumaßnahmen - Innenbereich -	1.303.572
Umbaumaßnahmen - Außenbereich -	150.000
Sonstiges	788.428
Zusammen	2.660.000

Zu Titel 711 13:

Veranschlagt sind die Reinvestitionskosten für die baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verbesserung des baulichen Sicherheitsstandards.

Zu Titel 972 20:

Die Globale Minderausgabe dient der anteiligen Gegenfinanzierung der zusätzlichen Mietzahlungen aus Anlass der baulichen Erneuerung der Justizvollzugsanstalten Iserlohn, Köln, Münster und Willich I.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	mehr (+) weniger (-) 2015 EUR	IST 2013 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Titelgruppen
Titelgruppe 60
Ausgaben für die Informationstechnik

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 04 210 Titel 632 40 überschritten werden.

511 60 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	4 500 000	4 500 000	—	4 470
518 60 051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Geräte, Maschinen, Überlassungsvergütungen.	—	—	—	—
526 60 051	Sachverständige und ähnliche Kosten.	500 000	500 000	—	38
538 60 051	Ausgaben für Datenverarbeitung (ohne Hostingleistungen von IT.NRW). Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO). Verpflichtungsermächtigung: 11 000 000 EUR.	15 281 300	17 471 500	-2 190 200	20 080
546 60 051	Vermischte Ausgaben. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).	2 500 000	2 500 000	—	1 861
547 60 051	Dienstleistungen von IT.NRW. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	23 905 100	16 706 500	+7 198 600	19 371
632 60 011	Anteil des Landes an den Kosten des Betriebs und der Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 04 210 Titel 632 60.	430 000	430 000	—	308
712 60 811	Baumaßnahmen.	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 60:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der ehemaligen Titelgruppe 61 (Ausgaben für die Einführung des elektronischen Grundbuchs) sind seit dem Jahr 2011 mitveranschlagt in der Titelgruppe 60.

Zu Titel 511 60:

1. Geschäftsbedarf.	3 000 000 EUR
2. Bücher und Zeitschriften.	— EUR
3. Kommunikation.	1 500 000 EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	— EUR
5. Sonstiges.	— EUR
Zusammen.	4 500 000 EUR

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

Zu Titel 538 60:

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

Zu Titel 546 60:

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung von IT-Vorhaben, Kosten der IT-Ausbildung und der Anwenderschulung.

Zu Titel 547 60:

Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Landesbetriebs IT.NRW für das Hosting und die Pflege von zentral betriebenen Fachverfahren der Justiz.

Zu Titel 632 60:

Die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) hat die Bereitstellung und den Betrieb eines länderübergreifend genutzten technischen Systems zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung übernommen. Bei dieser Haushaltsstelle sind die Ausgaben für den Anteil Nordrhein-Westfalens an den hierdurch entstehenden Kosten veranschlagt. Siehe auch Veranschlagung für die Gemeinsame Elektronische Überwachungsstelle der Länder (GÜL) bei Kapitel 04 210 Titel 632 60.

Zu Titel 712 60:

Verkabelung von Dienstgebäuden.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2015 EUR	2014 EUR	2015 EUR	2013 TEUR
812 60 051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. Verpflichtungsermächtigung: 12 000 000 EUR.	24 929 900	26 246 000	-1 316 100	16 194
	Summe Titelgruppe 60.	72 046 300	68 354 000	+3 692 300	62 322
	Gesamtausgaben Kapitel 04 020.	192 194 900	155 814 700	+36 380 200	140 686
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 020.	26 500 000	27 020 000	-520 000	

 Erläuterungen

Zu Titel 812 60:

Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software sowie Beschaffung von Kleinrechner-Systemen, Ausstattung von Arbeitsplätzen mit IT-gerechtem Mobiliar.

Reinvestitionsmaßnahmen

		in EUR
1.	PC-Arbeitsplätze	
1.2	PC-Systeme / Drucker / Monitore	10.063.900
1.3	Ergänzungsausstattung	400.000
1.4	Büro- und Kommunikationssoftware	320.000
1.5	IT-Sicherheitstechnik (Virenschutz pp.)	576.100
zusammen		11.360.000
2.	Server	
2.1	Infrastruktur- und Fachverfahrenserver	2.300.000
2.2	Storage-Systeme	1.600.000
2.3	Zentrale Serversysteme	3.800.000
2.4	RDBMS	1.360.000
zusammen		9.060.000
3.	Mobile DV-Systeme	396.800
4.	Präsentationstechnik	113.100
5.	Hard- und Softwareausstattung des Rechenzentrums der Justiz sowie Ausbau der Netzinfrastruktur	4.000.000
Zusammen		24.929.900

Reinvestitionszyklus

Wie bereits in den vergangenen Haushaltsjahren wird auch im Haushaltsjahr 2015 weiterhin grundsätzlich von einer 6-jährigen Nutzungsdauer für PC- und Server-Systeme ausgegangen. Bei der Berechnung des Reinvestitionsbedarfs wurde, basierend auf den Erfahrungen des Geschäftsbereichs der vergangenen Jahre, ein Ersatzbedarf für 5 Jahre alte Hardware in Höhe von 15 % veranschlagt.